



## Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden- Württemberg

📅 15.03.2023

GESUNDHEIT/KINDER UND JUGENDLICHE

# Breites Bündnis zur Stärkung der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Land



Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration

**Ein breites Bündnis aus Politik, Ärztevertretern und Krankenkassen stärkt die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Baden-Württemberg. Mit einer angepassten Bedarfsplanung soll nun die Zahl der benötigten Betten und Plätze neu berechnet werden.**

Am Mittwoch (15. März) haben sich die Mitglieder des Landeskrankenhausausschusses in Stuttgart darauf verständigt, mit einem breiten Bündnis aus Politik, Ärztevertretern und Krankenkassen die Kinder- und Jugendpsychiatrie im Land zu stärken. „Das ist eine große Stunde dieses Gremiums: Gemeinsam senden wir das klare Signal an alle betroffenen Kinder und Jugendlichen, an ihre Eltern und an alle, die in den Kliniken und Praxen so engagiert arbeiten: Wir stehen hinter den erkrankten Kindern und Jugendlichen und deren Familien“, sagte Gesundheitsminister Manne Lucha im Anschluss an die Sitzung.

# Bedarfsplanung wird neu aufgestellt

Lucha kündigte an, dass das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die Bedarfsplanung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auf den Prüfstand stellen und weitere Kriterien zur Bewertung miteinbeziehen werde. „Teilweise müssen Kinder und Jugendliche bis zu acht Monate auf ihre dringend notwendige Behandlung warten“, erklärte der Minister. „Das können wir nicht hinnehmen. Jeder Tag, an dem seelisch kranke Kinder und Jugendliche nicht behandelt werden, zerstört ein Stück weit ihre Zukunft. Mit einer angepassten Bedarfsplanung möchten wir dem entgegenzutreten, das heißt, die Zahl der benötigten Betten und Plätze soll neu berechnet werden. Die Pandemie hat die Lage leider verschärft.“

Mit dieser Neuregelung entfristet das Land auch faktisch die 136 zusätzlichen Betten und Plätze, die das Land bereits auf zwei Jahre befristet geschaffen hatte. Es können auch weitere Kliniken, die vom Sonderbedarf nicht profitiert hatten, Anträge einreichen. „Wie hoch der zusätzliche Bedarf am Ende dann sein wird, können wir natürlich noch nicht definitiv sagen. Ich bin jedenfalls allen Fachkräften in den baden-württembergischen Kliniken zutiefst dankbar für ihr riesiges Engagement in dieser schwierigen Situation“, sagte Minister Lucha.

## Zustimmung im Gremium

Die Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen haben dem Verfahren in der Sitzung des Landeskrankenhausausschusses zugestimmt. „Dafür bin ich ihnen ganz besonders dankbar. Die Situation zeigt aber: Wir brauchen diese Betten und Plätze akut und dringend“, betonte Lucha.

Johannes Reimann, Geschäftsbereichsleiter Sektorenübergreifende Versorgungsplanung der AOK Baden-Württemberg, erklärte: „Wir sehen die große Not und unterstützen die Pläne des Landes. Die Zahl der psychischen Erkrankungen im Nachgang der Pandemie ist unverändert hoch. Dem müssen wir alle gemeinsam gerecht werden.“

Landrat Heiner Scheffold, Vorstandsvorsitzender der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, betonte: „Besonders positiv finden wir, dass das Land die zusätzlichen Betten und Plätze am tatsächlichen Bedarf ausrichten möchte und nicht an theoretischen Berechnungen. Schon länger war unser Wunsch, dass das Personal unbefristet eingestellt werden kann – dem trägt dieser Vorschlag Rechnung. Das steigert die Attraktivität dieses wichtigen Berufsbildes. Unsere Kliniken müssen aktuell eine Situation bewältigen, wie wir sie noch nie erlebt haben. Hierfür brauchen wir dringend die neuen Kapazitäten.“

Agnes Trasselli, Vizepräsidentin der Landesärztekammer Baden-Württemberg, kündigte an, eine Task-Force zur kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung zu gründen – analog zur bereits bestehenden Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendmedizin. „Kinder und Jugendliche mit seelischen Krankheiten leiden, sie sterben, sie sind nicht gut versorgt. Wir müssen uns des Themas insgesamt annehmen und dabei auch überlegen, wie wir mit dem großen Fachkräftebedarf in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Pädagogik, der Psychotherapie und der Pflege umgehen. Alle Beteiligten müssen jetzt im Interesse der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien an einem Strang ziehen.“

**Link dieser Seite:**

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/breites-buendnis-zur-staerkung-der-kinder-und-jugendpsychiatrie-im-land?print=1&cHash=33329a9982e5dadb4b41dc124e84c2a6>